

Die Hoffnung heißt: Wirtschaftlicher auf dem Markt

Hohe Erwartungen an den künftigen Eigenbetrieb „Hanau Verkehr und Entsorgung“

HANAU. Das Amt für Tiefbau und Abfallwirtschaft soll von nächstem Jahr an als Eigenbetrieb „Hanau Verkehr und Entsorgung“ geführt werden. Eine entsprechende Vorlage hat der Magistrat am Montag der Stadtverordnetenversammlung präsentiert. Zur Beschlußfassung kam es noch nicht, da mehrheitlich eine weitere Beratung im Haupt- und Finanzausschuß gewünscht wurde. Werden die Pläne Realität, wovon auszugehen ist, wird die Stadtverwaltung eines der größten und wichtigsten mit der Daseinsvorsorge der Bürger befaßten Ämter ausgliedern.

Neben dem Eigenbetrieb Klinikum, der wegen der Kooperation mit dem St.-Vinzenz-Krankenhaus künftig als Gesellschaft firmiert, gibt es seit dem 1. Januar 2005 die beiden Eigenbetriebe Hanau Kindertagesbetreuung und Hanau Grünflächen, und nun soll also eine weitere Neuorganisation folgen, die einer Privatisierung ähnelt, ohne wirklich eine zu sein. Der Eigenbetrieb ist im Vergleich zur GmbH wesentlich stärker an die Stadt angebunden. Anders als bei einer Gesellschaft sind daher Leistungen, die der Eigenbetrieb der Stadt erbringt, nicht mehrwertsteuerpflichtig. Das fällt bei einem Betrieb wie dem Tiefbauamt mit seinem breiten Aufgabenspektrum für die Stadt wirtschaftlich besonders ins Gewicht. Wie das bisherige Tiefbauamt wird der künftige Eigenbetrieb für die Abwasserentsorgung und das Kanalsystem, für den Straßen-, Wege- und Brückenbau, die Straßenreinigung und den Winterdienst sowie für die Abfallentsorgung zuständig sein. Außerdem übernimmt er wie bisher auch Aufgaben der allgemeinen Verkehrsplanung und Dienstleistungen auf dem Sek-

tor des öffentlichen Personennahverkehrs. Laut Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) steht die Eigenbetriebsgründung im Zusammenhang mit den Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung. Als Ziele nannte er den Abbau des Zuschußbedarfs für das Amt und die Vermeidung künftiger

Kostensteigerungen sowohl für die Stadt als auch für den Gebührenzahler. Das Amt für Tiefbau und Abfallwirtschaft umfaßt ein Anlagevermögen von 136 Millionen Euro, Hauptposten sind der Kanal und die Gruppenkläranlage. Die Personalkosten liegen bei knapp 10,5 Millionen Euro. 2004 erwirtschaftete das Amt rund 35 Millionen Euro, gleichwohl liegt der jährliche Zuschußbedarf bei gut acht Millionen Euro im Jahr. Zuschußbetriebe

sind vor allem die Straßenreinigung, die Abwassersparte wegen des teuren Hochwasserschutzes sowie die Straßenbewirtschaftung. Der jeweilige Zuschußbetrag für den Eigenbetrieb wird auch künftig im Verwaltungsteil des Kernhaushaltes eingestellt. Die Ausgründung stellt daher nicht automatisch eine Entlastung für den Etat dar.

Mit dem Personalrat ist man nach den Worten Kaminskys in „vertrauensvollen Verhandlungen“ zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen. In den Eigenbetrieb werden nach Auskunft von Amtsleiter Bernd Lenz voraussichtlich nur die der-

zeit 232 Mitarbeiter des Amtes überführt. Derzeit werde geprüft, ob noch aus anderen Querschnittsämtern einzelne Mitarbeiter wechseln sollten. Einsparungen bei den Personalausgaben sollen in den kommenden Jahren nicht über betriebsbedingte Kündigungen erreicht werden, sondern

Hanau will nach dem Klinikum, der Kindertagesbetreuung und den Grünflächen nun eines der größten Ämter, die mit der Daseinsvorsorge der Bürger befaßt sind, ausgliedern. Dies soll einer Privatisierung ähneln, ohne wirklich eine zu sein.

allein über Vorruhestandsregelungen. Schon im vergangenen Jahr wurden durch den Verzicht auf die Besetzung von Planstellen knapp 660 000 Euro eingespart.

Das Amt ist nach Einschätzung des Magistrats unter anderem wegen seiner Erfahrung mit der Budgetierung für eine Ausgliederung prädestiniert. Im Jahr 2000 wurde dem Amtsleiter nicht nur die wirtschaftliche Verantwortung für alle Sachleistungen, sondern auch für das

Personal, einschließlich der Personalausgaben übertragen. Von der Ausweitung der Betriebsführung über die Kosten- und Leistungsrechnung wie in der Privatwirtschaft erwartet sich der Magistrat mehr Transparenz und Kostenbewußtsein. Bisher wurden schon Abfall, Abwasser und Straßenreinigung kaufmännisch geführt. Im Eigenbetrieb sollen dank flexiblerer Abläufe und geringerem Verwaltungsablauf schnellere Entscheidungen getroffen werden. Eine „konsequente Ausrichtung am Markt“ und die Möglichkeit, in kurzer Zeit notwendige Personalentscheidungen zu treffen oder Kooperationen mit Partnern einzugehen, soll

den ihn wettbewerbsfähig machen gegenüber privaten Anbietern und somit neue Einnahmequellen erschließen. Als Möglichkeiten sieht Lenz unter anderem eine Ausweitung der Dienste im Labor der Gruppenkläranlage, das Angebot von Reinigungs- und Winterdiensten auf privaten Firmengeländen, die der Abfallentsorgung für Nachbarkommunen oder die Übernahme des Betriebs des amerikanischen Kanalnetzes.

Organisatorisch gliedert sich der künftige Eigenbetrieb in fünf interne Serviceabteilungen, die für die vier Marktteilungen Abfall, Abwasser, Straßenbewirtschaftung und ÖPNV Dienstleistungen erbringen und intern verrechnen. Dabei führt jede Abteilung ihre eigene Bilanz. Wenn die sogenannten Profit-Center (Marktteilungen) Überschüsse erwirtschaften, soll das laut Lenz dem Gebührenzahler zugute kommen.

Die Eigenbetriebsatzung wird der Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich im Herbst vorgelegt. Die Betriebskommission soll einen Betriebsleiter sowie Vertreter der Fraktionen, der Bürgerschaft und des Personalrats umfassen. Kraft Amtes sollen außerdem der Oberbürgermeister und der zuständige Dezernent Mitglieder sein. Entscheidungen über höhere Investitionen, die weiterhin im Vermögensetat des Kernhaushalts ausgewiesen sein werden, trifft nach den Worten von Lenz weiterhin die Stadtverordnetenversammlung. Sie hat auch das letzte Wort über die Festsetzung der Gebühren. Die entsprechenden Beschlußvorschläge werden aber die Handschrift der Betriebskommission tragen. **lu.**